



HESSISCHER LANDTAG

27. 02. 2019

Plenum

Dringlicher Antrag

Fraktion der AfD

Alternativ-Trasse Mittelrheintal und Lärmschutzmaßnahmen

Der Landtag wolle beschließen:

Angesichts des bereits heute unerträglichen Belastungsniveaus und der prognostizierten Zunahme des Güterverkehrsaufkommens im Mittelrheintal sind bauliche Schallschutzmaßnahmen alleine nicht geeignet, eine dauerhaft akzeptable Situation zu erreichen.

Eine alternative Güterverkehrsstrecke für das Mittelrheintal ist daher unerlässlich. Zum Erhalt der Entwicklungspotenziale des gesamten Mittelrheintals, zum Schutz der Gesundheit der Anwohner, zum Erhalt des Tourismus als wirtschaftliche Grundlage der Region und zum Schutz des Welterbes Oberes Mittelrheintal lautet das gemeinsame Ziel des Landtages, dass das Mittelrheintal vom Bahnlärm nachhaltig entlastet werden muss.

Bis zur langfristig realisierbaren alternativen Güterverkehrsstrecke Troisdorf-Mainz-Bischofsheim werden bis dahin sowohl kurzfristige als auch mittelfristige Maßnahmen zur Lärminderung gefordert und unterstützt.

Der Landtag fordert die hessische Landesregierung auf:

1. sich weiterhin auf Bundesebene für ein Gesamtkonzept zum Schutz vor Bahnlärm mit bundesweit verbindlichen Grenzwerten einzusetzen, die auch für bestehende Verkehrswege und -anlagen gelten;
2. sich beim Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur weiter dafür einzusetzen, dass die alternative Güterverkehrsstrecke Troisdorf-Mainz-Bischofsheim zur Entlastung des Mittelrheintals realisiert und die angekündigte Machbarkeitsstudie so bald als möglich in Auftrag gegeben wird;
3. sich beim Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur dafür einzusetzen, dass bei der Realisierung des Korridors Mittelrhein Zielnetz I die darin vorgesehene Erhöhung der Strecke Hagen/Köln-Siegen-Gießen-Hanau prioritär realisiert wird, um das Mittelrheintal mittelfristig zu entlasten;
4. sich weiterhin im Beirat „Leiseres Mittelrheintal“ zu engagieren und unter Bezugnahme auf den Koalitionsvertrag der Bundesregierung darauf zu drängen, dass bei deutlicher Verkehrszunahme flexibel erhöhte Lärmschutzmaßnahmen ergriffen werden;
5. sich beim Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur dafür einzusetzen, dass die Modernisierung des Fuhrparks und die Umrüstung der Güterwaggons auf besonders leise Verbundstoff-Bremssohlen bei der Deutschen Bahn AG zügig fortgesetzt wird;
6. sich beim Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur dafür einzusetzen, dass das lärmabhängige Trassenpreissystem weiterentwickelt wird, um Anreize für den Einsatz besonders lärmarmer Technologien zu setzen;
7. sich weiterhin für die Umsetzung von Schallschutzwänden, Schienenstegdämpfern sowie Lärmsanierungen am Gleis einzusetzen;
8. sich gegenüber dem Bund für eine konsequente Einhaltung des Schienenlärmschutzgesetzes einzusetzen, das ab Ende 2020 ein Verbot lauter Güterzüge vorsieht;

9. sich zur Verminderung der Lärmbelastung und Erhöhung der Sicherheit gegenüber dem Bund und der Bahn für Geschwindigkeits- und Betriebsbeschränkungen für laute Güterzüge einzusetzen.

Wiesbaden, 27. Februar 2019

Der Parlamentarische Geschäftsführer:
Dr. Frank Grobe